

Der schöne freie Markt

Zu: „Wird Dieselfahren teurer?“, FR-Wirtschaft vom 4. Dezember

Selbstverständlich muss Diesel teurer werden, wenn die Energiesteuer-Richtlinie der EU-Kommission eingehalten wird. Man muss kein Naturwissenschaftler sein, um folgende einfache Tatsache zu verstehen: Ein Liter Benzin wiegt etwa 750 Gramm, während ein Liter Diesel 850 Gramm wiegt; daher enthält Diesel entsprechend mehr Energie und es entsteht bei der Verbrennung von Diesel etwa 13 Prozent mehr CO₂. Wenn das „Privileg für Diesel-Fahrzeuge“ nicht seit Jahrzehnten bestanden hätte, wäre Diesel immer teurer als Benzin gewesen. Dieses Privileg hat den Steuerzahler jährlich etwa sieben Milliarden Euro gekostet, und die Benzinfahrer haben sich das gefallen lassen. Ähnliches gilt für die Steuerbefreiung von Flugbenzin. Schöne freie Marktwirtschaft, die weltweit die fossilen Brennstoffe jährlich mit 500 Milliarden Dollar subventioniert hat. Ich bin daher sicher, dass die Energiesteuer-Richtlinie der EU-Kommission nicht eingehalten wird und die Privilegien beibehalten werden. Werner Runde, Mönkeberg

Schottische Kultur

Zu: „Die Bauerstochter, die keiner Wolke mehr folgt“, FR-Feuilleton v. 2.12.

Die in Schottland überaus populäre Trilogie „A Scots Quair“ (erschienen 1932 bis 1934) ist nun im Begriff, es nach 90 Jahren endgültig auf den deutschen Buchmarkt zu schaffen, nachdem in den frühen 1970ern in der DDR eine deutsche Ausgabe bereits erfolgreich verlegt worden war. Als Verfasser der ersten deutschsprachigen Dissertation zum Gesamtwerk James Leslie Mitchells/Lewis Grassie Gibbons (1991) habe ich eine professionelle Freude an diesem Umstand. Sylvia Staude hat in ihren Rezensionen zu „Lied im Abendrot“ (19.6.2018) und „Wind und Wolkenlicht“ (2.12.2021) beide Übersetzungen einfühlsam vorgestellt.

Es sei an dieser Stelle festzuhalten, dass im gegenwärtigen schottischen Unabhängigkeitsdiskurs die Schriften Gibbons, in denen er einen spezifischen schottischen Kulturnationalismus in direkten Zusammenhang mit den Freiheitsbestrebungen aller Völker stellt, ihre Aussagekraft behalten haben. Wenn Nicola Sturgeon, Erste Ministerin Schottlands, sich als eifrige Leserin seiner Prosa outet, ist dies zwar eine bekannte, aber eben nur eine Stimme unter vielen anderen. Der Autor selbst wäre wohl auf Abstand geblieben.

Für die geplante Aktion „Europe for Scotland“ zur Unterstützung des Wiedereintritts eines unabhängigen Schottlands in die EU könnten die vorliegenden (und die noch ausstehende) Übersetzungen auf ihre Art hilfreich sein. Uwe Zagratzki, Osnabrück



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:

Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Mailen Sie an:

Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden auch online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie hier: frblog.de/lf-20211206

SORRY

In unseren Artikel „Der Freund der Außenseiter geht“ (6.12., S.20) über den Einstieg von Daniel Kampa beim Schöffling-Verlag haben sich Fehler eingeschlichen: Zweimal wird der Name Daniel Keel genannt, wo Daniel Kampa gemeint ist. Daniel Keel war der Gründer und langjährige Leiter des Diogenes-Verlags. Er ist 2011 gestorben. So hat also Daniel Kampa, nicht Keel, 2018 seinen eigenen Verlag gegründet und zeigt literarischen Ehrgeiz, indem er die Arbeiten der polnischen Literaturnobelpreisträgerin Olga Tokarczuk herausbringt.

Auch mit Rechten sollten wir reden

Kolumne zum Thema Pandemie und „Querdenker“: „Leben schützen“, FR-Meinung vom 29. November

Ich erinnere mich nach den ersten Pegida-Demonstrationen in Dresden an die Stimme eines dortigen Professors, der dazu riet, mit den Leuten zu reden. Er sagte, dass es nicht nur Rechte seien, die da auf die Straße gehen. Ihre Gründe wollte er hören, sich mit ihnen auseinandersetzen, Einfluss nehmen, Veränderungen zu erreichen versuchen.

In der FR vom 27./28. Nov. 2021 spricht sich der Leiter der UN-Palästinenserhilfe Matthias Schmale im Interview gegen die Blockadehaltung der EU gegenüber der Hamas aus: „Wenn man eine Bewegung beeinflussen will, muss man sich mit denen an einen Tisch setzen.“

Es hängt von vielen Faktoren, Situationen und Personen ab, ob Gespräche mit denen, deren Überzeugungen bzw. Verhaltensweisen man nicht teilt, sondern strikt ablehnt, Erfolge haben. Als jemand, der meint, solange geredet wird, wird weni-

ger Gewalt angewendet oder geschossen, verwahre ich mich gegen die Aussagen bzw. Empfehlungen von Anetta Kahane zur Bekämpfung der Rechten.

„Mit Rechten reden“ soll nach ihrer Auffassung dazu geführt haben, die Rechten – AfD, Rassisten, Mob, Querdenker, kurz den Rechtspopulismus – zu stärken. Unterschwellig, aber gut zu erkennen, wird eine Art Einverständnis suggeriert. Intellektuell schwach oder manipulativ: Verstehen, worum man sich im Gespräch stets bemühen sollte, mit Verständnis gleichzusetzen. Und dann bringen in der Pandemie diejenigen, denen ein derart „großherziges Verständnis“, ja ein „Einvernehmen in vielen Fragen“ (mit welchen eigentlich?) mit den Rechten unterstellt wird und denen ihre Dialogbereitschaft „ein gutes Gefühl“ bereite, Tausende Menschen in Lebensgefahr. Gegen diese behauptete Komplizenschaft verwahre ich

mich entschieden. Kann man die rechten Positionen mit Verweigerung von Reden, Ausweichen vor Auseinandersetzungen, mit Ausgrenzen des politischen Gegners, mit Alarmismus oder Rufen nach dem Staat effektiv bekämpfen? Das halte ich für eine unproduktive und dazu gefährliche Richtung: Mit dem Iran über Atomabkommen nicht reden, eine israelkritische Professorin im Stadel nicht reden lassen, Veranstaltungsräume verweigern, mit dem belarussischen Diktator nicht telefonieren, mit den Taliban nicht verhandeln.

In der härtesten Zeit des Kalten Krieges hat eine deutsche Regierung eine höchst mutige, dabei von der CDU/CSU stark angefeindete Gesprächsbereitschaft gezeigt und weitreichende Verhandlungserfolge erzielt. Wiesollen eigentlich Konflikte gelöst werden? Das sagt uns Anetta Kahane leider nicht.

Hans Wedel, Frankfurt

An allem sind die Ungeimpften schuld

Impfpflicht: „Am Ende der Geduld“, FR-Meinung vom 13. November

Ich schreibe Ihnen jetzt erst meinen Leserbrief, da ich mich erst beruhigen musste über Ihren Artikel. Ihre Aussagen sind gerade das, was unsere Gesellschaft spaltet! Es sind nicht die Ungeimpften, die diese Gesellschaft spalten. Jeder Ungeimpfte hat gute Gründe, warum er eine Impfung ablehnt. Die einzigen, die von Freiheitsbeschränkungen betroffen sind, sind die Ungeimpften. Mit 2G und 3G werden sie stigmatisiert, obwohl sie das Virus nicht in sich haben. Ungeimpfte gefährden ausschließlich sich selbst, und das auf eigene Verantwortung und eigene Risikoabschätzung. Aber Sie werfen alle Ungeimpften in einen Topf. Es gibt in dieser Personengruppe sehr wohl Leute, die die Existenz des Virus nicht verleugnen, die keine generellen Impfgegner sind, die sich ihrer Verantwortung bewusst sind und sich für diese Gesellschaft engagieren. Und diese gesunden Menschen müssen nun ertragen, dass sie nicht einmal mehr etwas trinken

gehen können, weil sie als Gefährder dargestellt werden.

Das Problem der nicht genügenden Intensivbetten ist nicht erst seit dieser Pandemie bekannt. Schon im Winterhalbjahr 2017/18 ist es in einigen Landkreisen zu akutem Mangel an Intensivbetten während der Grippeperiode gekommen. Auch hier mussten Patienten mit anderen schweren Krankheiten verlegt werden. Damals hat sich die Gemeinde der Journalisten nicht im Geringsten für diesen Missstand interessiert. Auch der Umstand, dass es schon seit Jahren einen akuten Mangel an Personal im Bereich der Intensivmedizin gibt, hat niemanden wirklich interessiert. Aber jetzt, wo man persönlich betroffen sein könnte, da ist das Ganze sehr schlimm. Mit der Privatisierung des Krankenhaus-systems sind diese Probleme programmiert gewesen. Für eine Lage wie die jetzige sind unsere Krankenhäuser nur noch bedingt geeignet. Aber dafür sind ja die Ungeimpften verantwortlich.

Viele der Geimpften haben sich gedacht: Ich lass mich impfen, damit ist die Sache vorbei. Ist es aber nicht, man kann weiterhin an Corona erkranken, und man kann das Virus weiter verbreiten, ohne dass man es merkt. Es hieß, mit der Impfung haben wir das Virus im Griff, dann mit der zweiten Impfung, nun erst mit der dritten Impfung oder erst mit einer jährlichen oder halbjährlichen Impfung. Dabei wird in keinsten Weise geprüft, ob überhaupt Antikörper gebildet wurden, die Zahl der Geimpften wird nicht genau erfasst und so weiter.

So viele Fragen sind offen, und da soll man Vertrauen haben, dass die Impfung sicher ist? In meinen Augen muss flächendeckend jeder getestet werden, damit Infizierte nicht weiter anstecken können. Und es muss mit solchen Leitartikeln Schluss sein, die so polarisieren.

Stefan Ziegler, Frankfurt

Diskussion: frblog.de/impfangst-2

Zehn Überstunden dürfen die Regel sein

Zu: „Das Urteil – Zulässige Mehrarbeit“, FR-Wirtschaft vom 29. November

Ich kenne auch solch einen Arbeitsvertrag, in dem festgehalten wird, dass mit einem festen Monatslohn zehn Überstunden abgegolten sein sollen. Ein Flüchtling zeigte mir seinen Arbeitsvertrag, in dem solch ein Passus stand. Das durfte er nicht, weil der Arbeitsvertrag auch eine Klausel enthielt, die es ihm verbot, den Vertrag anderen zu zeigen (also auch nicht seiner Interessenvertretung, z.B. der Gewerkschaft?). Wie kann das rechtens sein? Das Recht, sich in Gewerkschaften zu organisieren, wurde vor rund 150

Jahren erstritten. Gilt es heute nicht mehr?

In dem Fall wurde aber der damals gültige Mindestlohn unterschritten, wenn zu den 168 Stunden im Monat noch zehn unentgeltliche Überstunden dazukämen. Für Flüchtlinge sind zehn mal 9,50 Euro im Monat viel Geld! Wir diskutierten diese Problematik in unserem Flüchtlingshelferkreis. Ich ärgere mich heute noch darüber, dass das Ergebnis war, auch in besser bezahlten, sogar hochbezahlten Arbeitsverhältnissen würden

zehn unbezahlte Überstunden die Regel sein. Wir sollten froh sein darüber, dass es eine Firma gab, die bereit war, so vielen unserer Flüchtlinge eine Beschäftigung zu ermöglichen. Ich habe den Zoll nicht informiert, es hätte aber wahrscheinlich auch nichts genützt! Es gibt offensichtlich Behörden, die man absichtlich unterfinanziert lässt. Es scheint ja auch legal zu sein, weil die Unterschreitung des Mindestlohns vom Arbeitsgericht nicht als Ausnahme genannt wird. Friedel Glüder, Lott